

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 11. Dec.** [Zur Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] bespricht das eben ausgegebene Decemberheft der Preussischen Jahrbücher in der politischen Correspondenz die Biarritzer Reise und die von Oesterreich angeblich verlangte Garantie des Besitzstands Venetiens, indem zunächst in Abrede gestellt wird, daß Graf Bismarck die ihm angedichteten Compensationen auch nur berührt habe, sodann bemerkt wird, Preußen habe Frankreich gegenüber noch andere Karten auszuspielen. Preußen habe eine Annäherung der drei Ostmächte herbeizuführen stets in der Hand. Preußen's Staat werde allerdings unter irgend einem Ministerium der Don Donote Oesterreichs in Italien niemals werden können; aber eine Garantie des Besitzstandes „auf beschränkte Zeit“, eine Garantie unter „Bedingungen“, namentlich gegenüber einer Allianz, die das Königreich Italien mit Frankreich zu offensiven Zwecken abschließen möchte, wäre ein Act, welchen auch ernsthaft preussische Staatsmänner sehr wohl in Erwägung ziehen könnten, im Act, durch welchen der europäische Friede nicht unwiderstehlich bedroht werden würde. Und auch eine so beschränkte Garantie wäre für Oesterreich ein Ereigniß von hohem Werthe, für welches es manche Gegenleistung machen dürfte. Warum sollte Graf Bismarck, so schließt die Ausführung, im mündlichen Gespräche nicht auch solche Andeutungen gemacht haben? Man muß den preussischen Jahrbüchern die Verantwortlichkeit für ihre mysteriösen Andeutungen überlassen. Zu beachten ist dabei, daß die Preussischen Jahrbücher ein inspirirtes Organ des Großpreussenthums sind. In diesen ihren Auslassungen aber ist ein neuer Beitrag geliefert zur Charakteristik der Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz.

[Zur Drohnotengeschichte] dementirt nebens die „Nordd. Allg. Ztg.“, mit officidösen kleinen Lettern, die Nachricht der „Alln. Ztg.“, daß man die Frankfurter Angelegenheit, in Folge einer Uebereinkunft zwischen dem österreichischen und dem preussischen Kabinette, „ruhen lassen“ wolle. Inzwischen soll jetzt eine preussische Antwort auf die österreichische Depesche vom 23. v. Mts. vor einigen Tagen von hier nach Wien abgegangen sein, Preußen also das letzte Wort in dieser Sache haben sprechen wollen.

[Aus den Elberzogthümern] wird telegraphisch gemeldet, daß die Beilage zur „Kieler Zeitung“ vom 10 d. M. polizeilich mit Beschlag belegt wurde, vermutlich wegen einer Adresse der schleswig-holsteinischen Vereine von Wilster und Umgegend an den Augustenburger, anlässlich der Ederförder Ereignisse. — Aus Kiel wird gemeldet: In allernächster Zeit steht der Erlaß eines Gesetzes bevor, nach welchem Zahlungen, die

in Speciesthalern vereinbart waren, auch in Preussischen Thalern mit einprocentigem Agio geleistet werden können.

[Ein Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“] bezieht sich auf die Behauptung der Existenz eines preussischen Rundschreibens an die Zollvereins-Regierungen wegen des Handelsvertrages mit Italien. Aus der Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist auch ersichtlich, daß Preußen ein Mandat zu einem Vorschlage, die Unterhandlungen mit Italien durch Preußen, Bayern und Sachsen zu führen, nicht erst abzuwarten gedenkt.

[Graf Bismarck] soll, wie officidös erklärt wird, sich keineswegs anderen Regierungen gegenüber über sein Verhältnis zu bestimmten Blättern geäußert haben. Veranlassung zu diesem Dementi gab die von uns mitgetheilte Nachricht der „D. A. Z.“

[Der kleine Reactionär] nimmt zum 1. Jan. die schwere Aenderung seines Titels vor und nennt sich „Berliner Pund.“ Das Format ist um die Hälfte verkleinert worden, ob dadurch der Witz und die Abonnentenzahl größer werden dürften, steht dahin.

[Zur ministeriellen Behandlung der Arbeiterfrage] wird die Behauptung, der Geh. Reg.-Rath Jacobi sei zur Verwendung in derselben in's Ministerium nun zurückberufen worden, officidös widerlegt. Die Vermuthung soll durch eine Anwesenheit des Genannten in Berlin während der letzten Zeit zu privaten Zwecken, oder daraus entstanden sein, daß ein Assessor Jacobi jene Fragen jetzt im Ministerium bearbeite. Aber die Nachricht wurde zuerst vom „Liegnitzer Stadtblatt“ verbreitet; auch scheint nach der Weise, in welcher die „Kreuzzeitung“ sich zu der Notiz ungläubig äußerte, eher wahrscheinlich zu sein, daß die Verungung im Werke war, aber rückgängig gemacht wurde.

[Preussische Press-Schicksale.] Conspirirt ist die gestrige „Staatsbürger-Ztg.“ — In zweiter Instanz angeklagt der „Bürger- und Bauernfreund“ vom 27. Oct., wegen des bekannten Briefes des Sr. Lebnordr. In erster Instanz war das Blatt freigesprochen worden. — Verurtheilt ist vorgelesen zu Königsberg der bisherige Redacteur der „Königsb. Hart. Ztg.“, Dr. v. Hasenkamp, in contumaciam zu neuen vier Wochen Gefängniß; ferner das ebendatelbst erscheinende „Sächsische Schulblatt“ wegen einer Preßübertretung (der Name des Verlegers war aus Versehen auf der Beilage weggeblieben) zu Einem Thaler Geldbuße, und wegen Beleidigung eines Schulrathes und eines Pfarrers (die Anklage auf Verleumdung ging nicht durch, da die behaupteten Thatsachen sich als wahr erwiesen) zu einer Geldbuße von 30 Thlr. — Freigegeben die „Düsseldorfer Ztg.“ vom 8. August, die ein Gedicht auf Classen-Kappellmann (!) enthielt hatte. — Wie gefahrvoll gegenwärtig die Stellung eines verantwortlichen Redacteurs ist, mag u. A. auch aus folgenden Thatsachen hervorgehen: Herr v. Hasenkamp in Königsberg ist seit kurzer Zeit der dritte Redacteur, welchem die dortige Staatsanwaltschaft resp. die Gerichte die Führung einer Redaction unmöglich gemacht haben. Dr. v. Hasenkamp bedurfte sich bekanntlich in Haft. Dr. Minden, Redacteur der „Montagszeitung“, leistet ihm Gesellschaft, und Herr Dumas, Redacteur des „Verfassungsfreundes“, bildet den Dritten im Bunde. Die beiden letzteren

Zeitungen haben den fortgesetzten Beschlagnahmen und Verhaftungen nicht widerstehen können. Die „Montagszeitung“ hat überhaupt nur fünfzehn Monate bestanden und ihrem Redacteur Dr. Minden fünfzehn Monate Gefängniß eingebracht — für jeden Monat Redaction einen Monat Gefängniß. — Die „Alln. Ztg.“ theilt mit, daß in Rostettin Abonnenten für die in Stettin erscheinende conservative Grafmann'sche Zeitung („Stett. Ztg.“) durch den Postbedienten gesucht werden. — Nach der „Staatsb.-Ztg.“ ist keine Auflage wegen des bekannten Ancon'schen Falles erhoben worden.

[Ueber den Vätticher Studentencongress] bringen die Münchener „Histor. politischen Blätter“ bemerkenswerthe Artikel, welche das „Mainzer Journal“ nachdruckt und in welchen der ultramontanen Richtung des obengenannten Blattes gemäß, viel lichte Wahrheit mit schwarzem Dyrthum untermischt ist. Da die fraglichen Artikel des clericalen Blattes, welches der Arbeiterbewegung fortgesetzt seine Aufmerksamkeit zuwendet, für unsere Leser theilweise von hohem Interesse sein werden, wollen wir, sobald es uns der Raum gestattet, Auszüge aus denselben mittheilen.

[Der König von Portugal] hat es vorgezogen, statt nach Dresden zu reisen, lieber eiligst die Rückkehr nach der Heimath anzutreten. Die Zustände in Spanien, die selbst nach der „Kreuztg.“ sehr bedrohlicher Natur sind, scheinen diesen Entschluß erzeugt zu haben.

[Der König von Belgien] ist am Sonntag um 11 Uhr 55 Minuten Vormittags nach sehr schwerem Todeskampfe gestorben.

Wien. [Ungarischer Reichstag. Sponnedisches.] Deak hat die Reputirten für den 12. d. M. Vormittags zu einer Conferenz im Museum betrefß der Eröffnung des Reichstages eingeladen. Der Vester „Lloyd“ bestätigt aus zuverlässiger Quelle, daß eine vorläufige Einigung der beiden großen Parteien des Ungarischen Reichstages stattgefunden hat. — Graf Sponned ist aus Griechenland am 9. d. M. in Triest eingetroffen.

* **Duisburg, 7. Dec.** [Petition wegen Aufhebung des Censur.] Am 26. Nov. wurde hier eine Versammlung abgehalten und eine dabei erwählte Commission mit dem Entwurf einer Petition an das Abgeordnetenhaus um Abschaffung des Censur betraut. Der Entwurf der Commission lautet:

„Die Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 hat durch die Bestimmungen der §§. 5 und 89 einen Censur aufgestellt, durch welchen weitaus die Mehrzahl der selbstständigen und mündigen Männer vom Bürgerrecht ausgeschlossen ist. Nicht so verhält es sich mit den Gemeindefreien, zu welchen Jeder herangezogen wird, der zu den Staatslasten beiträgt. In diesem Verhältniß erblicken wir eine offensbare Ungerechtigkeit gegen alle diejenigen, welchen durch die Schranke des Censur das Recht genommen ist, sich an den Wahlen zur Gemeindevertretung zu betheiligen.

Wir betrachten es als ein natürliches und unbestreitbares Recht, daß jeder Staatsbürger auch Bürger in seinem Wohnorte.

Wir glauben, daß die Beseitigung des Bürgerrechtes

der großen Mehrheit der Ortsbewohner einen in moralischer und materieller Beziehung gleich belangswerten Zustand geschaffen hat. Die große Masse der Einwohner kann nicht das rechte Zutragen zu einer Vertretung haben, bei deren Wahl sie nicht mitgewirkt hat; sie kann nicht das wünschenswerthe Interesse für das Gemeinwohl und die zu seiner Förderung getroffenen Einrichtungen haben, wenn ihr jeder Einfluß auf die Art, wie die gemeinsamen Interessen geleitet werden, verweigert bleibt; sie kann keine hinlängliche Verhütung darüber haben, daß auch die Interessen der ärmeren Ortsangehörigen immer zum Worte kommen, wo es Noth thut, so lange sie nicht wählen darf.

Die Gerechtigkeit des Wunsches nach einer Abänderung dieses Zustandes kann dem hohen Hause der Abgeordneten gewiß nicht verborgen bleiben und wir geben uns deshalb der Zuversicht hin, daß das hohe Haus von der ihm zustehenden Initiative Gebrauch machen und einen Gesetzentwurf aufstellen werde, durch welchen allen Klassen der Bevölkerung das volle Bürgerrecht ertheilt wird."

Der von Dr. A. Lange redigirte „Bote vom Niederrhein“ bemerkt hierzu: Die Versammlung, welcher diese Petition vorzulegen ist, wird am 24. December stattfinden; die Stellung eines Amendements, welches die Forderung des Wahlrechtes noch bestimmter hervorhebt, steht in Aussicht. Das Interesse für diese Angelegenheit ist im beständigen Steigen begriffen, und auch in den Nachbarorten, insbesondere in Düsseldorf, Erfeld u. s. w. steht Unterthänigkeit in sicherer Aussicht.

Ausland.

* **Paris, 8. Dec. [Tagesbericht.]** Düstere Gerüchte sind über Mexiko in Umlauf, während aus den inspirirten Quellen eifrig an einer Hebung der Stimmung gearbeitet wird, um das stark erschütterte Vertrauen Europas zur kaiserlichen Regierung wieder herzustellen. Es handelt sich wirklich ernstlich um Anwerbung einer Fremdenlegion für Mexiko zu Befestigung des schwankenden Habsburger Thrones. Man hofft damit drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: eine dauerhafte Stütze gegen die Anaristen, eine triftige Veranlassung zur Zurückziehung der französischen Truppen und die Lähmung des Protestes der Washingtoner Regierung auf Grund der Monroe-Doctrin, das Alles soll die Fremdenlegion leisten. Zunächst ist es dabei auf Oesterreich abgesehen und man erblickt darin einen Hauptschlüssel zu der auffallenden Freundschaft der Kaiserin und ihres Hous gegen die geldbedürftige Wiener Hofburg. — Die „France“ enthält einen „allerhöchsten“ inspirirten Artikel über den Tod des Königs Leopold, worin sie versichert, daß eine Befürchtung für die Störung des Weltfriedens unbegründet sei.

— 9. Dec. In der „Patrie“ ist heute zu lesen, daß Schofield Paris verläßt, um „in England eine vertrauliche Mission zu erfüllen und damit Zerwürfnissen zwischen beiden Ländern vorzubeugen.“ Schofield hat sich also bloß einmal gezeigt und einen Toast auf die alte Freundschaft zwischen Frankreich und der Union ausgebracht und er hat mit dem Wunsche geschlossen: „Möchte sie, diese alte Freundschaft, Dauer behalten!“ Die Nachricht ist jedenfalls mit Verzicht aufzunehmen. Schofield scheint eine Art außerordentlichen Generalvollmächtigten des Präsidenten Johnson für die europäischen Beziehungen zu sein, und dieser Umstand allein beweist schon genugsam, daß man in Washington sich sehr ernstlich mit den Westmächten in ihren Beziehungen zu dem amerikanischen Staaten-complexe beschäftigt. — Im letzten Ministerrathe zu Compiègne soll jedoch die Frage wegen des Luxemburg obenan gestanden haben, wenigstens wird die Hinzuziehung des Polizei- und des Seine-Präfecten gemeldet. Bon gut unterrichteter Seite wird behauptet, der Kaiser sei persönlich sehr aufgebracht über den Widerstand, den das Luxemburg-Decorret gefunden. Er soll es ausgesprochen haben, daß er trotz alledem beabsichtige, das Decorret aufrecht zu erhalten und durchzuführen; wie es ihm, ohne Nachtheile, gelingen wird, ist eine andere Frage. — Aus Mexiko läßt man sich hier vom General Bazaine „eine beständige Beförderung in der Lage des Mexikanischen Kaiserthums“ (!) melden. „Die Anhänger einer starken Regierung haben neues Vertrauen aus den energischen Maßregeln des Kaisers Maximilian geschöpft.“ Es folgt dann

eine Reihe von Siegen der Kaiserlichen über „republikanische Banden“, aus denen man sowohl für als wider das Kaiserthum Schlüsse ziehen kann. Der Moniteur meldet schließlich, daß am 5. Nov. die Compagnie berittener algerischer Schützen in Baso del Macho eingetroffen sei und sofort den Dienst zur Sicherheit der Straße zwischen Vera-Cruz und Mexiko übernommen habe. Solcher Schwindel wird das kaiserliche Mexiko schwerlich heraufziehen. — Die „France“ erfährt, daß die preussische Regierung sich wegen Verletzung der Neutralität während des Krieges beschwert habe, da die Bundes-Behörden in Massachusetts preussische Unterthanen eingereicht hätten. Die „France“ will wissen, die amerikanische Regierung habe eine Militair-Commission zur Untersuchung dieser Sache ernannt. — Die zarten Rücksichten Frankreichs auf Spanien (durch den Einfluß der Kaiserin) haben sich bereits so weit ermäßigt, daß das französische Cabinet sich zu einem in Madrid zu thnenden gemeinschaftlichen Schritte mit dem britischen verständigt hat. Ob der intellectuelle Urheber dieses Entschlusses nicht der Präsident Johnson ist? Nicht als wenn er direct hier eingewirkt hätte, er braucht eben so wenig den Mund aufzutun, wie General Schofield seine Beglaubigung zu zeigen hat; die Verhältnisse selbst sprechen für die Union, und Frankreichs Handlungsweise erhält eine ganz bestimmte Richtung, so lange es die Vermeidung eines Bruches mit Amerika als die oberste Rücksicht seiner Politik betrachtet.

* **Stalien.** [Herr Mari. Antonelli-Bombai'sches Kirchen-scandal. Garibaldi.] Wie war es möglich, so frug alle Welt, daß ein im Auslande gar nicht bekannter Mann, Hr. Mari, den man als Conservativen bezeichnet, bei dem Kampfe um den Präsidentensstuhl des Abgeordnetenhauses den Sieg über Mordini, den alten Freund und Genossen Garibaldi's davongetragen hat. Das ging einfach so zu: Die Regierung war so schlau, ihren eigenen Kandidaten Decio fallen zu lassen und in Folge dessen einigten sich die gegen die entschiedene Linie verbündeten Parteien zu dem erbaulichen Grundsatz, daß der Präsidentschafts-Kandidat ein Mann sein müsse, dessen Vergangenheit kein Mißtrauen bei den verschiedenen Nuancen der Partei aufkommen lasse und dessen weniger bekannte Persönlichkeit eine Versöhnung erleichtere. So nahm man denn einen Mann, der das Verdienst hat, Advokat und Freund Ricasoli's zu sein. Damit ist nichts gesagt und das sollte ja der Hauptzweck des Alles sein. — Aus Rom meldet der „Temps“ daß selbst Antonelli dem jungen Bomba Vorstellungen gemacht habe über die Freunde, welche ihn durch ihre allzu offenkundige Verbindung mit den Briganten compromittirten. In Folge dessen habe der „König beider Sicilien“ die Zahl seiner Pensionaire von 120 auf 40 herabgesetzt — ein sehr probates Mittel, um die 80 Gestrichenen von fernemem Räuberleben zurückzuhalten. — In Mailand spielen die schönsten Scandale im Dom: Der Fanatiker Mgr. Ghilardi hält dort fortwährend seine Mord- und Brandpredigten, das Publikum lärm für und gegen ihn und dann geht das Arrestiren im Dom selbst los. Die Kämpfe setzen sich auf den Domplatz fort und Gegenpredigten führen dort zu Stochprügeleien, Einschreiten des Militärs u. s. w. — Garibaldi hat die Präsidentsur des „demokratischen Vereins der Freidenker“ in Siena angenommen.

Schweden. Aus Stockholm wird telegraphirt, daß der Eindruck der reichsständischen Reform-Erledigung große Volkshäufen durch die Straßen wogen ließ, welche vor den Ministerhotels erschienen und den Ministern Dögeer, Gripenstedt und Manderström stürmische Hochs brachten. Eine theilweise Illumination habe stattgefunden, und im königlichen Theater sei die National-Hymne verlangt worden, in welche sodann das Auditorium mit einstimmte.

* **Amerika.** [Ein amerikanisches Urtheil über Englands Verhältnis zu Amerika. Umwandlung der Johnson'schen Politik. Der Congreß.] Ueber die amerikanisch-englischen Verwickelungen schreibt man der „Nat.-Ztg.“ aus New-York:

Dieses ganze England mit seinem mittelalterlichen Feudalismus und seinem bornirten Pfäbthürgertum, mit seiner Aristokratie und seinem Proletariat, seinem schola-stischen Hochkirchentum und seiner heidnisch-barbarischen Praxis ist ein Anachronismus, eine Anomalie im 19. Jahrhundert, wie es — die Republik der Vereinigten Staaten unter der Herrschaft der Sklavenhalter-Dynastie war. Es muß, wie diese, durch schwere Erschütterungen aus dem Banntreffe seiner „Erweisheit ohne Gleichen“ herausgerissen und in die Strömung der Geistesbewegung des 19. Jahrhunderts geschleudert werden. Das wird geschehen und manche der Leser dieses Blattes werden es noch erleben. Aus solchen Umwälzungen mag und wird dann ein England hervorgehen, das nicht bloß für drei Millionen Privilegirte ein freies Land ist, ein England, in dem die 20 Millionen Feld- und Fabrik-sklaven, die jetzt nur eine rudis indigestaque molos (harte und unverdaute Pflanz) bilden, emancipirt sind: — aber eine so wichtige Stellung im europäischen Staatensystem, wie bisher, wird es nicht einnehmen und das Scepter der Seeherrschaft wird es an die Vereinigten Staaten abtreten müssen. Dafür, daß das Letztere geschehen wird, wird dem Grafen Russell ein nicht geringes Verdienst zugesprochen werden müssen. Sein Ultimatum in Sachen der „Alabama“ hat Herr Seward nicht mißfallen, und dieser ist gar nicht geneigt, deshalb mit England Scandal anzufangen. Denn er meint, daß diejenige Definition von „Neutralität“, welche Graf Russell durch jenes Ultimatum befiegt hat, den Vereinigten Staaten viel mehr werth ist, ihnen die Mittel zu einer viel exemplarischeren Rache an England giebt, als die Erzwingung einiger Millionen Pfund Schadenersatz. Es ist kaum anzunehmen, daß der Congreß anders über diesen Punkt denken sollte. Stimmt er in seiner Auffassung mit der des Präsidenten und Swards überein, so wird England sehr bald finden, daß Herr Russell seine ganze Handelsflotte in eine Sackgasse getrieben hat, aus der kein Entkommen ist. Ewig wird ja nicht Friede in Europa bleiben, — einmal wird ja England noch ein Kriegesführender sein. Wird es dann von den neutralen Vereinigten Staaten in seiner eigenen Münze bezahlt, so wird es das heutige Verfahren Russell's besser würdigen.

Die Politik Johnson's, die Südstaaten unverzüglich an die Union zurückzuführen, ist jetzt als unmöglich erkannt ausgegeben und er wird als Bestegter vor den Congreß treten. Die öffentliche Meinung, irre geführt durch das systematische Getriebe der Presse und die Parteitaktik vor den Wahlen, ist mit der dem Amerikanischen Geiste so eigenthümlichen Schnelligkeit zur Anerkennung der Thatsachen und dem ihnen entsprechenden Entschlüssen übergegangen. Mit der ruhigsten Bestimmtheit sprechen heute von der Unvermeidlichkeit und Zweckmäßigkeit der Zurückweisung der südlichen Abgeordneten selbst jene Blätter, welche vor vierzehn Tagen noch diese Maßregel als einen verderblichen, revolutionären Akt der Radikalen verdammt. Der Präsident, der gnädige Patron des Südens, ist so froh von ihm verhöhnt worden, daß er endlich nüchtern wurde und in einer der letzten Sitzungen des Cabinets seine Unzufriedenheit über den Umlauf der Südstaaten aussprach. Ein Beispiel möge zeigen, mit welcher halsstarrigen Hinterlist sie die Bemühungen des Präsidenten vereiteln. Georgia hat sich dem Gebote Johnson's, die Rebellen-schuld nicht anzuerkennen, mit einer unschuldig aussehenden Klausel unterworfen, aber durch dieselbe bleibt die künftige Anerkennung ermöglicht; außerdem ist dieser Beschluß nicht in die Verfassung aufgenommen, demnach den Verfügungen künftiger Legislaturen überlassen. Und in keinem Staate ist die neue Verfassung der Genehmigung des Volkes überwiesen; das Recht der Secession ist nur von zwei oder drei wirklich aufgegeben. Präsident Johnson ist also thatächlich von seinen südlichen Schützlingen desavouirt worden. Sein Nachfolger in der Verwaltung von Tennessee, der Gouverneur Brownlow, hat mit der ihm eigenen derben Offenheit den Zustand des Südens in folgenden Hauptzügen geschildert: „Tennessee ist der beste der besetzten Rebellenstaaten und doch ist wenigstens die Hälfte desselben heute noch eben so der Union feindlich, wie vor der Niederlage; Raub und Mord herrschen in einem großen Theile des Landes. Der Gedanke der Rebellen, die Losreißung von der Union, ist im Süden nicht aufgegeben. Wir haben die Rebellen besiegt, aber nicht vernichtet. Der Krieg hätte zum Besten der Union noch zwei Jahre dauern müssen. Die Vertreter der südlichen Staaten sind fast alle verbesserte Vertreter der Rebellen, um keinen Preis dürfen sie in den Congreß zugelassen werden.“ So spricht in einem offenen Brief der Gouverneur von